

Geht's noch?



Nachdenken über Energiedemokratie

— —
Von Jan Todt und Uta v. Winterfeld

Impressum

Herausgeber:

Projektverbund VorAB
www.vorab.online

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH
Döppersberg 19
42103 Wuppertal
www.wupperinst.org

Jan Todt ist ein Pseudonym

Titelbild: Aufnahme von Dietmar Hocke, Windpark Kalsow

Wuppertal, November 2022

VorAB Impulspapiere sind eine fortlaufende Reihe von Projektveröffentlichungen, die auf der Projektwebsite erscheinen:
<https://vorab.online/downloads/publikationen/>

Das Vorhaben VorAB wird mit Mitteln der Stadt-Land-Plus Fördermaßnahme des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 033L220 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den Autor*innen.

Einleitung

Im August und September 2021 treffen sich Menschen, die voraus denken und heute schon eine andere Welt gestalten wollen. Sie kommen für jeweils einen Tag an den Schaalsee in der Region Lübeck. Sie erzählen in einem Salon von anderen Denkweisen und anderem Tätigsein, von einer anderen Zukunft für den Wald, für die Landwirtschaft und für die Energie. Die „großen“ Erzählungen von einem anderen Morgen, vom Morgenland, vom Morgenwald und von der Energie von Morgen, werden in einer anderen, „größeren“ Veröffentlichung erscheinen (Winterfeld 2022). Hier geht es um eine kleine Erzählung.

Manchmal wird das Morgen von einem konfliktreichen Heute verdeckt. Manchmal bricht sich das avantgardistische Denken und Handeln an nicht-avantgardistischen Wirklichkeiten. So erging es uns auf dem Energiesalon. Ein Projektentwickler erzählte von dem Engagement für einen Windpark in der Gemeinde Wöbbelin. Die Geschichte hat sich so haarsträubend angehört, dass uns vor lauter schlecht vorhandener Gegenwart das Morgen erstmal völlig vernebelt worden ist. Da engagieren sich eine Bürgermeisterin und Bürger*innen, die eine Gesellschaft gründen und als Sicherheit 270.000 Euro hinterlegen. Doch von Seiten der Politik gibt es ansonsten keine Unterstützung und von den Verwaltungen kommt nichts als Blockaden? Wie soll es eine Gemeinde da schaffen, energieautonom oder ein Ökodorf zu werden? Oder ist die Geschichte von der Energiewende doch nicht so gemeint? „Wieso kommt Keiner und macht was?“, fragt der Projektentwickler.

In dieser Situation haben wir einander versprochen, der Spur in einem gemeinsamen Artikel nachzugehen. Wir tun dies in Form einer transdisziplinären Erzählung, in der sich die „Praxis“ des politischen Alltags und die „Theorie“ in Form herrschaftskritischer Reflexionen treffen.

Wir beginnen damit, die Geschichte von Wöbbelin zu erzählen. Dabei zeigt sich, dass sie mehr Facetten hat als zunächst angenommen. Uta von Winterfeld nimmt den Faden auf und betrachtet dieses kleine energiedemokratische Lehrstück in kritisch-politikwissenschaftlicher Perspektive. Am Schluss überlegen wir beide gemeinsam, wie die Geschichte der kleinen Energiewenden anders erzählt werden könnte.

Demokratie ist auch nicht so einfach

Der ländliche Raum ist aufgrund des Potenzials für die Erschließung regenerativer Energien von großer Bedeutung. Denn Windräder stehen vorzugsweise auf dem freien Feld und Photovoltaikanlagen bringen vor allem groß und frei stehend große Leistung.

Wöbbelin ist in diesem Sinne sehr bedeutend. Denn die typische Mecklenburgische Landgemeinde Wöbbelin im Landkreis Ludwigslust-Parchim hat diese Potenziale zu genüge und setzt auch sehr aktiv auf diese regenerativen Energien und dabei zugleich auf lokale Wertschöpfung. Viola Tonn, Bürgermeisterin des Ortes, der im 14. Jahrhundert erstmals erwähnt wurde und gut 900 Einwohner*innen aufweist, ist dabei gemeinsam mit dem Infrastrukturausschussvorsitzenden Martin Ebert die visionäre Treiberin der Projekte, die konkret den Klimawandel eindämmen und zu mehr Wohlstand in der Dorfgemeinschaft führen sollen. Ihre Visionen fruchten, in der Bevölkerung, im Gemeinderat, bei Fachleuten der Energiewirtschaft und bei dem Teil der Landesregierung, der dafür zuständig ist, die Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern sozusagen auf die Platte zu bringen. Symposien wurden im ehemaligen Schulungszentrum in Wöbbelin abgehalten, Interviews gegeben, Netzwerke aufgebaut. Ein Energiedorf, ein Erfolgsmodell!

In einem ersten Bauabschnitt sind drei Windräder mit jeweils 4,2 MW geplant, zwei weitere Windräder mit derselben Leistung sollen in einem zweiten Abschnitt folgen. Vorgesehen sind in den Plänen der Gemeinde außerdem Photovoltaik, Fernwärme, gespeist aus Biogas – all dies vor Ort und genossenschaftlich getragen. Bürgerinnen und Bürger sollen profitieren, konkret selbst durch niedrige und stabile Energiekosten, aber auch durch Einnahmen der Gemeinde. Für Straßen, Kindertagesstätte und Dorf-feste.

Energieautark wäre die Gemeinde, wenn alles kommt, zumindest bilanziell. Damit ist also Wöbbelin bald schon da, wohin andere im Schneckentempo hingetragen werden müssen. Eine Gemeinde im Aufbruch zu einer besseren Welt, eine Aktivistin für die entscheidende Zukunftsaufgabe unserer Menschheit. Eine Gemeinde will und macht sich stark, um ihr Ziel zu erreichen.

Aber darf sie das?

Die Mehrheit des Stadtrats der benachbarten ehemaligen Kreis- und Residenzstadt Ludwigslust sagt eindeutig nein dazu. Breite Mehrheiten samt Bürgermeister Reinhard Mach sehen vielmehr mit Graus, was die Nachbargemeinde da aus ihrer Sicht zu Lasten ihrer Stadt beabsichtigt. Wohl 200 Meter hohe Windtürme im direkten Sichtfeld zum Denkmalschutzbereich rund um das Schloss Ludwigslust und seinen Garten, das geht zu weit. Nie im Leben darf Ihrer Meinung nach passieren, dass der Blick auf ihr historisches Ensemble von diesen Industriebauten verschandelt wird, so die Auffassung der Nachbarstädter. Und sie fühlen sich auch bestätigt: Gutachten belegen, so die Ludwigsluster*innen, dass Sichtachsen hin

zum Schloss beeinträchtigt würden, kämen diese Windräder dorthin, wo die Gemeinde sie plant. Sichtanalysen ergeben, so umgekehrt die Windradplaner, dass sie vom 2. Obergeschoss des Schlosses aus genau nicht zu sehen sind.

Und im Übrigen "ihre" Windräder. Die Skeptiker bezweifeln die hehren Ziele der Gemeinde. Sie zweifeln umfassend und denken kaum, dass dies alles überhaupt die Ziele der Gemeinde seien. Ist es nicht vielmehr ein Projektentwickler, der im Hintergrund die Fäden zieht? Und glaubt irgendwer, dass dieser Projektentwickler wirklich anderes im Schilde führt, als möglichst billig an Grundstücke ran zu kommen und möglichst großen Profit aus seinem Investment zu schlagen? Doch der Entwickler behauptet indes das Gegenteil: Nein, so sei es nicht! Vielmehr seien sie überzeugt, mit der Gemeinde Wöbbelin zusammen aktiven Klimaschutz betreiben zu können. Sie seien gleichberechtigte Partner. Wenn es Gewinne gebe, dann sollten diese zu gleichen Teilen auch an die Gemeinde gehen. Es gehe ihnen nicht um Profit. Sondern es gehe darum zu zeigen, dass Klimaschutz im ländlichen Raum funktioniere und vor Ort Vorteile bringe. Wöbbelin solle unterstützt und es solle gezeigt werden, dass der ländliche Raum durch Klimaschutzprojekte ganz neue Perspektiven haben kann.

Die Gemeindevertretung hat dem Projektentwickler mehrheitlich geglaubt, die Skeptiker runzeln ihre Stirn auch weiterhin.

Stirnrunzeln auch beim Amt für Raumordnung Westmecklenburg. Dieses Amt ist für die gesamte Regionalentwicklung im westlichsten Teil Mecklenburgs zuständig. Also Autobahntrassen, Siedlungsentwicklung und eben auch das Ausweisen von so genannten Windeignungsgebieten gehört zu ihren Aufgaben. Zu letzterem fordern das Amt Bundes- und Landesgesetze auf. Und sie werden von einem demokratisch gewählten Gremium begleitet, vom Planungsverband, besetzt von Vertreter*innen aus zwei Landkreisen und sechs größeren Städten, den so genannten Mittelzentren.

Regionalentwicklung passiert aber offenkundig seit Jahren nicht mehr. Alle zeitlichen Ressourcen fließen in die Ausarbeitung dieser Windeignungsgebiete, die der Planungsverband seit Jahren versucht planerisch festzulegen – und damit bereits mehrfach vor Gericht scheiterte.

Denn rechtlich ist das alles nicht so einfach. Eigentlich dürfen ja Windräder überall im Außenbereich stehen, es sei denn, das Amt legt nach einem festen Schema fest, wie man die Windräder konzentriert, eben in solchen Windeignungsgebieten. Aber was sind diese festen Regeln? Naturschutzflächen zum Beispiel dürfen nicht belegt werden, das ist aus den Gesetzen bereits abzuleiten. Aber man kann darüber hinaus auch Mindestabstände zu Naturschutzgebieten festlegen. Oder zu Seeadlerhorsten, sicher zu recht besonders geschützt. Rotmilane ebenso. Nur wechseln diese anders als der Adler ständig ihren Horst, also hat man das Problem, dass die Karte schon dann veraltet ist, wenn man sie zeichnet.

Natürlich dürfen Windräder auch nicht im Deutschen Wald stehen! In Schweden dürften sie es. Aber wann ist ein deutscher Wald ein Wald, wo fängt er an und wo hört er auf? Das Gemeindegebiet Wöbbelin zum Beispiel wird von zwei Landesstraßen durchschnitten. Mit voller Inbrunst bewertet das Amt, wie breit die Schneise für die Landesstraße sein darf, damit der Wald noch als Wald gelten kann. Dazu sind Definitionen und Gesetze zu Rate ziehen, aber auch die stets wieder neue Rechtsprechung. Denn geklagt wird immer.

Für Wöbbelin kommt es genau auf die Regeln zum Wald an solchen übergeordneten Straßen an. Knapp 400 ha Windeignungsgebiet oder deutlich weniger, eine 100 m Schneise entlang einer Landesstraße entscheiden. Denn nicht die Gemeinde legt fest, wo Windräder für ihr Klimaschutzkonzept aufgestellt werden, sondern nur dieser eine Regionalplan. Und wenn letztlich keine schwarz umrandete Fläche mit Zackenlinie in diesem Plan dargestellt ist, dann gibt es das nicht: Platz für die Windräder. Gemeindlicher Wille ist in diesem Zusammenhang vollkommen belanglos. Mitbestimmung gibt es nicht, nur öffentliche Beteiligung und Stellungnahmen.

Das ärgert die Gemeinde. Sie will doch nur Gutes, denkt sie. Und die Regeln des Amtes sind für Außenstehende nur schwer durchschaubar.

Das Ganze bringt aber auch die Beschäftigten des Amtes immer wieder in die Bredouille. Mit Argusaugen schauen sowohl Gegner als auch Befürworterinnen, Investoren, Bürgerinitiativen sowie Rechtsanwältinnen auf den digitalen Stift, der im Amt über die Landkarte fährt und versucht, Bestände und Abstände, Naturschutz und Einzelgehöfte zu erfassen. Deshalb wird der Plan wohl auch nie fertig. Die aktuelle Bearbeitung dauert bereits seit sechs Jahren an und befindet sich nach reichlichen Änderungen im 3. Beteiligungsverfahren, Ergebnis offen. Bei der letzten Beteiligung gab es über eintausend Stellungnahmen, die es erstmal zu lesen und zu bewerten gilt.

Der Investor wird immer unruhiger. Denn er ist in Vorleistung gegangen, hat einen Bauantrag für die Windräder in Wöbbelin gestellt und bleibt bis auf weiteres auf den Kosten dafür sitzen. Denn die Genehmigungsbehörde, das STALU Westmecklenburg, erteilt keine Genehmigung, weil die Untere Naturschutzbehörde seit über zwei Jahren keine Stellungnahme abgibt. Unzählige Kartierungen und Gutachten wurden durchgeführt und eingereicht. Ein riesige Anzahl an Ausgleichsmaßnahmen wurde mit den örtlichen Landwirten vereinbart. Sogar zwei Minister nahmen sich dem Thema an. Aber keiner möchte entscheiden. Die Naturschutzbehörde verhindert weiter. Eine eingereichte Untätigkeitsklage muss bis zur Verhandlung der Sache ebenfalls erst einmal seit zwei Jahren warten. Das Personal fehlt.

Für Teilbereiche im Gemeindegebiet sieht es aktuell aber gegenüber der Kulisse im Regionalplan ganz gut aus. 390 ha sind im Entwurf ziemlich sicher als zukünftiges Eignungsgebiet ausgewiesen, denn die

landesweiten Kriterien haben dies ergeben. Eine Fläche an der L072 gelegen, umringt von einem Wald südlich der Ortslage.

Doch in diesem Wald sah es vor knapp achtzig Jahren kurzzeitig ganz anders aus. Genau da lag das KZ Wöbbelin, ein Außenlager von Neuengamme. Von den fünftausend Häftlingen starben tausend in der nur zwanzig Wochen währenden "Betriebszeit" des KZs. Von hier aus startete zum Kriegsende der so genannte Todesmarsch bis hin nach Schwerin. Eine Gedenkstätte, ein Museum und Wegmarken erinnern in der Region und an Ort und Stelle an die grausamen Ereignisse.

Welcher Mindestabstand gilt für ehemalige KZs? Die Verantwortlichen haben – ehrlich gesagt – darauf keine Antwort, das Regelwerk sieht nämlich keine KZs vor. Bodendenkmäler dürfen nicht überbaut werden, ja, aber ist dieser Ort ein Bodendenkmal? Eine Regel, die einen regionalplanerischen Ansatz beschreiben könnte, scheitert. Denn es ist entweder ein Einzelfall oder diese Regeln gelten auch für Grabstätten aus dem 30-jährigen Krieg. Die sind aber gar nicht so einfach einzugrenzen, denn die Schlachtfelder hatten keine abgesteckten Grenzen, zumindest kennt man sie nicht.

Die Gemeinde wartet auf eine Entscheidung seitens des Amtes und kommt an ihre Belastungsgrenze. Denn belastend ist es für alle Beteiligten, nicht nur für den privaten Investorenpartner, dass seit 10 Jahren die Ideen auf dem Tisch liegen, aber nichts passiert. Die Bevölkerung rumort immer mehr. Ein Projekt, das nicht in die Gänge kommt, kann kein gutes sein.

Und die Gemeinde? Dieser entgeht jährlich eine große Zahl an finanziellen Einnahmen.

Dem ländlichen Raum kommt eine besondere Rolle im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Klimawandel zu. Denn hier weht der Wind über das freie Feld und Platz ist genug da für Strom aus Wind und Sonne. Doch so einfach ist es nicht. Ob zu Recht oder nicht zu Recht, das weiß man nicht.

Kritische Reflexionen in drei Etappen

Wir nehmen das energiedemokratische Lehrstück Wöbbelin zum Anlass, über demokratische, bürgerschaftliche und bürokratische Entwicklungen nachzudenken.

Zur Demokratie

Demokratie ist ein kostbares Gut und verletzlich. Dies bedeutet nicht, dass das aktuelle demokratische Geschehen kritiklos hinzunehmen wäre. Demokratie ist lebendig, immer wieder neu zu erringen und immer wieder gefährdet. Wolf-Dieter Narr hat in der „Niemand-Herrschaft“ die Multiple Sklerose liberaler Demokratie herausgearbeitet, gerade auch angesichts eines globalen Weltmarkts, auf dem keine politische Tür mehr zu finden ist, an die angeklopft werden könnte (Narr 2015). Dennoch kann Demokratie nicht einfach ökodiktatorisch ausgesetzt werden, wenn es um die Energiewende geht. Sie kann es deshalb nicht, weil – und das ist mit Blick auf die deutsche Geschichte besonders gravierend – nicht gehofft werden kann, dass nach der Bewältigung der Energiekrise die vorübergehend außer Kraft gesetzte Demokratie schon irgendwie wieder in Erscheinung treten wird. Hinzu kommt, dass ein gutes Leben nicht von oben aufgeherrscht werden kann. Denn sonst würde die „Tugend durch den Schrecken herrschen“ wie es Georg Büchner in „Dantons Tod“ den Robespierre sagen lässt.

Energiedemokratisch ist somit eine doppelte Herausforderung auszumachen. Erstens birgt der beschleunigte Ausbau von Infrastrukturen der erneuerbaren Energie die Gefahr, vom „Ausnahmestand“ oder vom „Notstand“ aus exekutiv zu regieren und zugleich demokratische Korrekturen außer Kraft zu setzen. Um dem entgegenzuwirken ist es zweitens wichtig, bürgerschaftliches Engagement für erneuerbare Energien zu unterstützen. Menschen, so formuliert es die Sozialphilosophin Martha Nussbaum, haben Fähigkeiten, die ein Recht auf Entfaltung haben. Angelehnt an Aristoteles sieht sie es als politische Aufgabe an, die Entfaltung dieser Fähigkeiten zu ermöglichen, anstatt sie – wie in unserem Beispiel – zu unterbinden.

Von Menschen, Skeptikern und einer ausgrenzenden Sozialpolitik

Menschen, so hat es Immanuel Kant formuliert, sind aus krummem Holz geschnitzt. Sie sind nicht glatt und ohne Kanten. Manchmal sind sie sperrig und manchmal widersprüchlich. Dass erst dies den „ganzen“ Menschen ausmacht, hat der italienische Erzähler Italo Calvino in seiner Geschichte über den „geteilten Visconte“ wunderschön dargelegt.

Der Visconte zieht in den Krieg. Doch leider versteht er nichts davon und begreift deshalb nicht, wie eine Kanone funktioniert. Er stellt sich also davor und wird in zwei Hälften zerrissen. Eine Zeit danach kehrt nur die böse Hälfte auf den italienischen Landsitz zurück. Es ist furchtbar. Durch und durch böse. Sehr viel später kehrt auch die gute Hälfte zurück. Es ist furchtbar. Durch und durch gut. Das wird erst besser, nachdem beide Hälften wieder zusammengefunden haben.

Vor einem solchen Hintergrund kann auch die Geschichte von Wöbbelin auf Widersprüche und Ambivalenzen hinweisen und es liegt nahe, die verschiedenen Seiten auch jenseits von „gut“ und „richtig“ oder „böse“ und „falsch“ zu reflektieren.

Die Skeptiker sind im vorherigen Abschnitt als stirnrunzelnd beschrieben worden. Ob Gegenstand der Skepsis der Klimawandel, das neue Virus oder die Windräder sind – es steht derzeit noch nicht zu erwarten, dass das Stirnrunzeln als Ausdruck missbilligend unterstellter böser Absicht etwa abnehmen könnte. Es scheint sich um eine Art Runzelbruderschaft zu handeln, die an „Rhytidadelphus squarrosus“ erinnert, eine häufig vorkommende Moosart, die auch „Sparriger Runzelbruder“ genannt wird. Eine demokratiepraktisch wie demokratietheoretisch wichtige Frage ist, warum es so viele Stirnrunzler gibt und weshalb sie immer heftiger runzeln. Sie ist nicht einfach zu beantworten. Es gibt offenkundig eine Verbindung von wachsender Skepsis und schrumpfendem sozialem Zusammenhalt. Dieser geht mit auf eine (sozial)-politische Kultur zurück, die mit Ausgrenzung arbeitet (zum Beispiel die populärwissenschaftliche Stilisierung der so genannten „Sozialschmarotzer“) anstatt mit Integration. Einer Sozialpolitik, die in ihrer „fordernden“ Mentalität Leistungsbezüge an das wettbewerbskonforme Wohlverhalten von Menschen knüpft, und die sie damit als Einzelne auf dem Arbeits-Markt alleinlässt. Eine der Folgen ist „soziale Erschöpfung“ (Lutz 2014).

Mit Bezug auf die sich für die Energiewende engagierende Bürgermeisterin und auf die Bürger*innen von Wöbbelin liegt eine energiedemokratische Herausforderung in der Rückkehr des Politischen, gerade auch in die dem Markt überlassenen Arenen. Denn sonst verlieren sich transformative Anliegen im Dschungel vorhandener oder noch zu entwickelnder Vorschriften und Verfahren. Es gibt aber energiedemokratisch ungeheuer viel zu tun – von der politischen Auseinandersetzung, auch und gerade mit den Andersdenkenden – über die gemeinsame sozial-ökologische Zielfindung bis hin zur Organisation des Wiedereinzugs von Planungsmöglichkeiten.

„Herrschaft im Alltag...

– das ist Verwaltung“, so hat es der Soziologe Max Weber formuliert. Es ist eine „rationale“, unpersönliche Herrschaft. Hannah Arendt spricht im Kontext des Eichmann-Prozesses von „Niemandsherrschaft“ (im Unterschied zu Wolf-Dieter Narr ohne Bindestrich): Niemand ist zuständig, niemand ist verantwortlich, alle führen nur Befehle aus. Bürokratische Herrschaft ist abstrakt, folgt abstrakten Regeln und ist eher taub für das Konkrete beziehungsweise hört nicht hin.

Verwaltung ist zugleich der politische Umsetzungsarm, der Beschlossenes im Alltag wirklich werden lässt. Verwaltung ist mit ihren Institutionen und Organisationen für den „Vollzug“ öffentlicher Aufgaben zuständig. Verwaltung ist nicht dazu da, zu unterstützen, sondern sie soll kontrollieren. Damit aber ist die demokratiesensible Frage aufgeworfen, wer eine politische Verwaltung kontrolliert, die einerseits

als ausführender Teil der Exekutive Gestaltungskompetenzen hat, andererseits aber bis auf die Verwaltungsspitze nicht gewählt und damit auch nicht demokratisch legitimiert ist? Formal ist die Legislative für die Aufsicht der Verwaltung zuständig, auch sollten Bürger*innen beteiligt werden, um Transparenz und Verantwortlichkeit sicherzustellen. Doch ob eine Verwaltung, so wie wir sie kennen, zur Umsetzung transformativer Ziele und zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements gut geeignet ist, bleibt fraglich. Hinzu kommt, dass im Konzept des neoliberalen Staates der Staat schlank und die Verwaltung effizient werden sollte. Da es sich bei neoliberaler Effizienz vor allem um Kosteneffizienz handelt, sind die der Verwaltung zur Verfügung stehenden Ressourcen geschrumpft, die zu bewältigenden Pflichtaufgaben gewachsen und die freiwilligen Aufgaben (zu denen auch der Klimaschutz gehört) verkümmern oft im Dickicht des Vordringlichen.

Energiedemokratisches Engagement aus der Zwickmühle von verhinderndem Stirnrunzeln und bürokratischen Hemmnissen herauslösen zu wollen, erscheint zunächst als Herkulesaufgabe. Womöglich schlimmer noch, so als wären alle zwölf Aufgaben des Herkules unter auch heute widrigen Bedingungen zugleich zu erledigen. Da könnte hilfreich sein, neben den Fluss des Regierens zu treten und mit dem französischen Gesellschaftstheoretiker Michel Foucault nach der „Gouvernementalität“ zu fragen. Er hat damit die Art und Weise bezeichnen wollen, mit der das Verhalten der Menschen gesteuert wird. Leicht abgewandelt kann sich die Frage auch darauf richten, welches Geistes Kind dem Regieren innewohnt. Hier schimmert im vom Ufer aus betrachteten Fluss ein Verdacht auf. Die Mentalität des Regierens pendelt in Richtung Selbstverpflichtung, Eigenverantwortung und Selbstmanagement. Damit einher geht die Tendenz, Individuen und Institutionen mit mehr und mehr Aufgaben zu versehen, zu deren Erfüllung sie aber weder befähigt noch mit Ressourcen ausgestattet werden. Dies betrifft individuelle Bürger*innen ebenso wie öffentliche Verwaltungen. Wenn jedoch der Staat seine für das Allgemeinwohl sorgende Seite schrumpft und seine über das Wohl der Bürger*innen herrschende Seite wachsen lässt, dann gerät nicht nur energiedemokratisches Engagement in die Bredouille, sondern die ganze Geschichte von Demokratie und sozial-ökologischer Transformation muss anders erzählt werden.

Schluss

Unser Impuls handelt nicht von der einzigen großen Transformation des Energiesystems. Vielmehr sprechen wir von einer kleinen, gemeindlichen Energiewende, von ihrem blockiert-Werden und von ihren Potenzialen.

Kleine Veränderungen beginnen immer auch bei Menschen, Menschen in sozialen Beziehungen und in Kontexten. Italo Calvino folgend ist nicht auszuschließen, dass die erwähnten Stirnrunzler*innen anfangen, über Veränderungsmöglichkeiten ihrer Projektverhinderungslust nachzudenken. Ebenso ist denkbar, dass Projektentwickler*innen die über ihr Projektanliegen hinausgehenden Wirklichkeiten anerkennen. In beiden „Fällen“ geht es darum, die Anderen und ihre Anliegen wahr- und ernstzunehmen.

Menschen in einer Gemeinde denken und handeln zusammen, wenn sie eine „kleine Energiewende“ konzipieren und umsetzen wollen. Ihr gemeindlicher Wille ist derzeit jedoch belanglos, vielmehr werden Festlegungen für Windeignungsgebiete ausschließlich über den „Regionalplan“ getroffen. Abgesehen davon, dass Regionalplanung angesichts von Stirnrunzeln und anderen Verhinderungen gerade nicht so richtig stattfindet, scheint auch eine allein regionalplanerische Regelung eines demokratischen, eines energie-demokratischen Prozesses zweifelhaft. Naheliegender als regionalplanerische Alleinherrschaft ist eine Vielfalt demokratischer Räume. Zu ihnen gehören beispielsweise politische Transformationsräume, in denen die gemeindlichen Stimmen gehört und Ideen für die Wirklichwerdung transformatorischer Anliegen entwickelt, unterstützt und umgesetzt werden.

Nun mag eingewandt werden, dass für so etwas angesichts der aktuellen Energieversorgungskrise durchaus keine Zeit ist. Dem halten wir entgegen, dass so etwas gerade in kritischen Zeiten wichtig ist, geht es doch darum, Potenziale der gemeinschaftlichen Eigenversorgung zur Entfaltung zu bringen.

Für unser Nachdenken über Energiedemokratie heißt das: eine demokratische Energiewende wird auch von „unten“ gestaltet. Eine Aufgabe der „oberen“ Politik ist es, für die unteren Ebenen offen zu bleiben, bürokratische Hemmnisse abzubauen und das Zusammenhandeln (auch von Bürger*innen und Verwaltung) zu ermöglichen.

Zum Weiterlesen

Calvino, Italo (2013 [1952]): Der geteilte Visconte. Fischer Verlag, Frankfurt am Main.

Lutz, Ronald (2014): Soziale Erschöpfung. Kulturelle Kontexte sozialer Ungleichheit. Beltz Juventa Verlag, Weinheim und Basel.

Narr, Wolf-Dieter (2015): Niemand's-Herrschaft. Eine Einführung in Schwierigkeiten, Herrschaft zu begreifen. VSA Verlag, Hamburg.

Winterfeld, Uta von (2022): West-östliche Nachhaltigkeit. Erzählungen am Schaalsee. Mit Eva Blaise und Erzähler*innen aus der Region Lübeck. oekom Verlag, München.